



An den Grossen Rat

19.5374.02

WSU/P195374

Basel, 25. September 2019

Regierungsratsbeschluss vom 24. September 2019

Interpellation Nr. 85 Patricia von Falkenstein betreffend „Intensivierung von Gebäudesanierungen zum Schutz des Klimas“

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 11. September 2019)

„Der Kanton Basel-Stadt verfügt über das modernste Energiegesetz der Schweiz. Die Grundlagen, um Energieverluste zu reduzieren sind vorhanden. Auch wurden Fördermittel bereitgestellt. Das bisherige Engagement reicht aber nicht. Es braucht weitere Anstrengungen, um mehr Gebäude gemäss PlusEnergie-Standards zu sanieren. Es braucht auch mehr Solaranlagen zur Produktion von Strom.

Die Fördermittel müssen vermehrt auch für private Gebäude in Anspruch genommen werden können neben der konsequenten Weiterverfolgung entsprechender Sanierungen von Gebäuden im Eigentum des Kantons.

Die Studie der Solar Agentur Schweiz zeigt, dass die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreicht werden können, wenn es mehr PlusEnergieBauten gibt und die Solarenergie besser genutzt wird. Der WWF Schweiz kritisiert die Kantone für ihre zögerliche Haltung bei Gebäudesanierungen. Auch wenn Basel-Stadt relativ gut abschneidet, braucht es weitere Anstrengungen und mehr Geld.

Die Vorteile von Förderprogrammen sind offensichtlich. Das Gewerbe erhält Aufträge, die Klimabelastung kann reduziert werden, Strom kann umweltfreundlich produziert werden, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern wird reduziert.

In diesem Zusammenhang bitte ich um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Erkennt der Regierungsrat in Gebäudesanierungen ein taugliches Mittel zur Verringerung der CO₂-Emissionen und damit zum Schutz des Klimas?
2. Wie hoch schätzt der Regierungsrat das Potenzial der Solarenergie im Kanton zur Erzeugung von Strom?
3. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass auch das lokale Gewerbe von einer Strategie hin zu mehr PlusEnergieBauten profitiert?
4. Besteht Bereitschaft, über bestehende Förderprogramme hinaus, weitere Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, um Anreize für Gebäudesanierungen zu schaffen?
5. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass die aktuelle Finanz- und Zinslage für Investitionen des Staates günstig ist?

Patricia von Falkenstein“

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Einleitende Ausführungen

Schon seit über zwanzig Jahren versuchen der Bund und die Kantone die Sanierung des Gebäudebestandes über Förderprogramme zu beschleunigen. Diese Programme haben zwar zur Erhöhung der Energieeffizienz beigetragen. Es ist aber nie gelungen, die Sanierungsrate für Altbauten massgeblich zu steigern. Neben der Reduktion der CO₂-Emissionen ist auch die Geschwindigkeit, mit welcher die Emissionen gesenkt werden können, ein wesentlicher Faktor. Weil der Weg zur CO₂-Reduktion über die Dämmung der Gebäude sehr kostenintensiv und langwierig ist, wurde im Kanton Basel-Stadt mit dem neuen Energiegesetz ein Paradigmenwechsel vollzogen. Dadurch, dass der Ersatz der fossilen Heizungen grundsätzlich nicht mehr erlaubt ist, gelingt die CO₂-Reduktion schneller und kostengünstiger als über den Weg der Gebäudehüllensanierung. Trotz dieser Verlagerung der Prioritäten soll die Sanierung der Gebäudehüllen aber weiterhin ein wichtiges Thema bleiben. Der Kanton Basel-Stadt verfügt schon seit Jahren über ein breitgefächertes Förderprogramm. Dieses geht weit über das «Harmonisierte Fördermodell der Kantone» (HFM) hinaus. So werden – vor allem bei den erneuerbaren Heizsystemen – die schweizweit höchsten Förderbeiträge ausgerichtet. Das Programm beinhaltet selbstverständlich auch Beiträge für Gebäudesanierungen. Eine Erhöhung der bisher ausgerichteten Fördersätze erscheint dem Regierungsrat aber nicht sinnvoll, weil die Gefahr besteht, dass die Mittel aufgrund von Mitnahmeeffekten ineffizient eingesetzt werden.

2. Beantworten der einzelnen Fragen

Frage 1: Erkennt der Regierungsrat in Gebäudesanierungen ein taugliches Mittel zur Verringerung der CO₂-Emissionen und damit zum Schutz des Klimas?

Ja, der Regierungsrat erkennt in Gebäudesanierungen ein taugliches Mittel zur Verringerung der CO₂-Emissionen. Aus diesem Grund fördert der Kanton Basel-Stadt Gebäudesanierungen mit relativ hohen Förderbeiträgen. Es werden jährlich rund 5 Mio. Franken für die Förderung von Gebäudesanierungen aufgewendet. Da Gebäudesanierungen aber sehr kapitalintensiv sind und die CO₂-Emissionen auch bei einer Gesamtsanierung nicht zu 100% reduziert werden können, ist der Regierungsrat davon überzeugt, dass es sinnvoller ist, den Ersatz von fossilen Heizsystemen zu priorisieren. Weil die Gebäudetechnik wesentlich häufiger saniert werden muss als die Gebäudehülle, wird die erforderliche Reduktion der CO₂-Emissionen mit diesen Massnahmen deutlich schneller erreicht als mit Gebäudesanierungen. Durch den Ersatz der fossilen Heizsysteme können die CO₂-Emissionen eines Gebäudes mit einem Bruchteil der Kosten und schneller nahezu vollständig vermieden werden. Vor allem der Zeitfaktor ist wichtig, weil die Reduktion der Treibhausgase möglichst rasch erfolgen soll. Das Bundesamt für Energie (BFE) ist ebenfalls zu diesem Schluss gekommen und startet deshalb im nächsten Jahr die Kampagne «erneuerbar heizen», welches die gleiche Stossrichtung aufweist. Auch das BFE priorisiert also klar den Heizungsersatz gegenüber der Gebäudesanierung. Trotz dieser Verschiebung der Schwerpunkte wird die Sanierung der Gebäude aber ein wichtiger Bestandteil der Basler Energiepolitik bleiben.

Frage 2: Wie hoch schätzt der Regierungsrat das Potenzial der Solarenergie im Kanton zur Erzeugung von Strom?

Das Potenzial für Fotovoltaik auf Dächern schätzt der Regierungsrat im Kanton auf rund 400 GWh pro Jahr. Dieses Potenzial könnte aber nur erschlossen werden, wenn alle Dächer ausschliesslich und vollständig für Fotovoltaik genutzt werden könnten. Unter Berücksichtigung von technischen Elementen und Nutzungen auf den Dächern (Lüftungsanlagen, Dachfenster, Dachterrassen, Begrünung etc.) dürfte wohl etwa ein Viertel dieses Potenzials nutzbar sein. Zum Vergleich: Der Elektrizitätsverbrauch im Kanton Basel-Stadt betrug 2017 über 1'300 GWh.

Zur Erschliessung des vorhandenen Potenzials wurden im Kanton Basel-Stadt in den letzten Jahren sehr gute Rahmenbedingungen für die Nutzung der Solarenergie geschaffen. So hat der Re-

gierungsrat am 1. Juni 2018 die schweizweit höchsten Vergütungsansätze für Solarstrom festgelegt. Dadurch können Fotovoltaikanlagen bereits heute wirtschaftlich betrieben werden. Damit auch künftige Potenziale genutzt werden, ist die Eigenstromerzeugung bei Neubauten Pflicht. Hier erhofft sich der Regierungsrat auch Impulse für Solarfassaden.

Frage 3: Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass auch das lokale Gewerbe von einer Strategie hin zu mehr PlusEnergieBauten profitiert?

Ja, der Regierungsrat teilt die Ansicht, dass auch das lokale Gewerbe von einer Strategie hin zu mehr «PlusEnergieBauten» profitiert. Deshalb wird in der neuen Energiegesetzgebung bei Neubauten verlangt, dass diese einen Teil der benötigten Elektrizität selbst erzeugen. Plus-Energiebauten sind aber im Sanierungsfall kaum zu realisieren, denn die Rahmenbedingungen sind – vor allem im städtischen Umfeld – sehr anspruchsvoll, weshalb Plus-Energiebauten wohl eher bei Neubauten ein Thema sind. Der Regierungsrat ist aber der Ansicht, dass das lokale Gewerbe auch von der Strategie «erneuerbar heizen» profitiert. Einerseits wird dadurch Know-how geschaffen, andererseits sorgen die Förderbeiträge für erneuerbare Heizsysteme dafür, dass viele dieser Systeme eingesetzt werden. Selbstverständlich lösen auch die bereits bestehenden Förderbeiträge für Gebäudesanierungen ein nicht zu vernachlässigendes Volumen an Aufträgen aus.

Frage 4: Besteht Bereitschaft, über bestehende Förderprogramme hinaus, weitere Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, um Anreize für Gebäudesanierungen zu schaffen?

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass schon heute ein sehr umfangreiches Förderprogramm für Massnahmen an Gebäuden besteht. So wird nicht nur die Dämmung von Einzelbauteilen (z.B. Dächer, Fenster oder Fassaden) gefördert, sondern es gibt auch einen zusätzlichen Bonus für Gesamtsanierungen. Der durchschnittliche Bonus für Gesamtsanierungen liegt bei mehr als 70'000 Franken pro Gebäude. Auch Niedrig- oder Plus-Energiegebäude werden speziell gefördert. Eine Steigerung der Energieeffizienz kann aus Sicht des Regierungsrates durch weitere Finanzmittel kaum erreicht werden. Durch höhere Beiträge dürfte sogar die Wirkung pro eingesetzten Franken sinken, was aus volkswirtschaftlicher Sicht nicht wünschenswert ist. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen ist nicht zu erwarten, dass mehr Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer ihre Gebäude sanieren, wenn höhere Beiträge ausbezahlt werden. Aus diesen Gründen ist der Regierungsrat der Meinung, dass keine weiteren Finanzmittel bereitgestellt werden müssen.

Frage 5: Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass die aktuelle Finanz- und Zinslage für Investitionen des Staates günstig ist?

Ja, der Regierungsrat teilt diese Ansicht. Die Vergangenheit hat aber gezeigt, dass die energetische Sanierungsrate von Liegenschaften auch durch attraktive Förderprogramme nur sehr bedingt erhöht werden kann. Um die Energiewende voranzutreiben, zieht der Regierungsrat deshalb gezielte Investitionen in den Ersatz von fossilen Energieträgern vor, wie zum Beispiel Investitionen in den Ausbau von Fern- und Nahwärmenetzen mit erneuerbaren Energieträgern.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin